

Erscheint täglich
früh 6^{1/2} Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 2—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverehr.

Kuflage 15,100.
Annoncenpreise vierteljährlich...
Jede einzelne Nummer zu 10 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Abdruck für Extrablätter...
Jahrespreise sind nach Abzug der Postgebühren zu verstehen.

N^o 133.

Sonntag den 13 Mai 1877.

71. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Wittwoch am 16. Mai a. e. Abends 7^{1/2} Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

- Tagesordnung:
- I. Wahl eines unbefeldeten Stadtrathes.
 - II. Gutachten des Bau- und Defonomieausschusses über die Verbreiterung der Alexanderstr.
 - III. Gutachten des Defonomieausschusses über a. eine Nachforderung für Legung von Granittröttelein an der Boniatowkbrücke, b. die Abänderung und Verbreiterung der Fußwege längs der Parthenstraße, c. die unentgeltliche Ueberlassung einer Feldparzelle an die Gemeinde Gradsfeld zur Benutzung als Turn- und Spielplatz für die Schulfinder, d. die Herstellung der Fregestraße, e. die Verwilligung eines Berechnungsgeldes für Instandhaltung der Kubstrangbrücke.
 - IV. Anträge des Defonomieausschusses in Betreff a. des Zustandes des Hofes am städtischen Lagerhause, b. der Weiterführung des Belegs von der Marienbrücke nach Mödern.
 - V. Gutachten des Ausschusses zur Gasanbahn über a. Abänderung der Beleuchtungsanlagen in der Eisenbahn- und Gartenstraße, b. die Beleuchtung der öffentlichen Aborte, c. Vermehrung der Beleuchtungsanlagen auf dem Nicolaiskirchhofe, d. die Einlegung der Gasleitung in einzelne Tracte der Kaiser Wilhelm-Straße, Kronprinz- und Kolitzstraße.
 - VI. Gutachten des Schulausschusses über a. die Errichtung einer neuen Bezirksschule, b. die zeitweilige unentgeltliche Ueberlassung eines Schulzimmers an den Bureaubeamtenverein.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Diskont 5 Prozent, der Lombard-Zinssfuß 6 Prozent.
Berlin, den 11. Mai 1877.
Reichsbank-Direktorium.

Eine neue Partei.

Von Ludwig Jermann.

Es giebt im politischen und parlamentarischen Leben wohl kaum ein Ereignis, welches das Interesse in höherem Grade zu fesseln im Stande wäre, als die Entstehung einer neuen Partei; denn ihre Geburt beweist die Existenz von neu aufgetauchten Ideen, welche in dem Rahmen der bestehenden politischen Parteien keinen Platz haben, und es hängt nun lediglich noch von der Lebensfähigkeit und der Entwicklung der neuen Erscheinung ab, welche Veränderungen und Umwälzungen sie im sozialen und politischen Leben hervorbringen vermag. Sie tritt auf mit dem ausgesprochenen Bestreben, durch den Beitritt wahlfähiger Bürger eine Macht im Staate zu werden und fordert dadurch die Kritik jedes Urtheilfähigen heraus; der Grad, in welchem sich bei diesem öffentlichen Urtheile ihre Waagschale hebt oder senkt, ist der sicherste Maßstab für ihre innere Berechtigung; ihr Wohl und Wehe hängt von der öffentlichen Meinung ab. Die Stühle an der Tafel sind besetzt; dem neu eintretenden Gast, der nie ein Gebetener ist, wird kein Sitz bereitet, er muß ihn sich erkämpfen; der erste Schritt ins Leben ist für die neue Partei der Beginn eines nicht wieder endenden Kampfes ums Dasein.

Was Wunder also, daß das Erscheinen der jüngsten Partei im deutschen Reiche nicht geringes Aufsehen zu machen vermag! Mehr Wunder noch, daß das Programm derselben noch keine öffentliche Besprechung gefunden hat, und deshalb ungelesen an dieser Stelle ein Platz eingenommen worden.

Am 16. December 1876 constituirte sich in Rassel die „*Neue freie deutsche Arbeiterpartei*“, nachdem im November von dem Herrn Rasselbach, Redacteur des „*Rasseler Tageblattes*“, und Herrn Krüger, Redacteur des in Hamburg erscheinenden „*Volksfreund*“, in einem „*Aufruf* an das deutsche Volk“ hierzu aufgefordert worden war. In diesem Aufrufe werden in lebhaften Farben die Ziele und Bestrebungen der Socialdemokratie gekennzeichnet, auf das Gefährliche ihres in den letzten drei Jahren stattgehabten Anwachsend hingewiesen, und dargelegt, wie unumgänglich notwendig es sei, dieselbe von dem Boden einer großen geschlossenen Partei aus wirksam zu bekämpfen. Diesen Zweck soll die neu gegründete Partei erfüllen; die Männer, welche den ersten Anstoß dazu gegeben, erhoffen mit Zuversicht eine gewaltige Verbreitung über ganz Deutschland, glauben an ein genügendes Material im Arbeiterstande und rechnen auf den Beitritt der Arbeitgeber, wie überhaupt aller antisocialistische Gesonnenen. Programm und Statuten sind dem deutschen Volke vorgelegt und an diesem ist es nun, das begonnene Werk zu vollenden.

Sagt man nun, ohne vorläufig näher auf das Einzelne, das Programm und die Statuten, einzugehen, die allgemeine Tendenz dieser „*Neuen freien Arbeiterpartei*“ ins Auge, so findet man sofort als das Eigentümlichste derselben, daß man gar nicht darauf hingeben kann, für wen eigentlich diese neue Partei gegründet worden ist. So sehr das Bestreben, durch thatkräftiges Handeln die staats- und gesellschaftsfeindlichen Umtriebe der Socialdemokratie zu durchkreuzen, die Zustimmung eines jeden Nichtsocialisten, gleichviel welcher Partei, finden muß, so unumgänglich ist es, dies Bestreben zum alleinigen Hauptzweck einer einzigen Partei zu machen.

Darüber sind schließlich doch alle bestehenden Parteien einig, was ihre Farbe sein welche sie wolle, daß sie in der socialdemokratischen ihrem Töbteind zu erblicken haben; und wenn auch

Bekanntmachung.

von dieser oder jener Seite ein zeitweises Verhängnis mit dem Feinde aller nicht weggeleugnet werden kann, so ist doch nicht zu übersehen, daß solches Gebahren, so verwerflich es auch an und für sich ist, doch stets nur zur Erreichung ganz bestimmter Neben Zwecke in Anwendung gekommen ist. Am deutlichsten spricht dies die Socialdemokratie selber aus, wenn sie behauptet, daß ihr gegenüber alle anderen Parteien nur eine reactionnaire Masse seien. Es ist daher von vornherein schon ein Fehler, den Kampf gegen die socialistischen Ideen zum Monopol einer einzigen Partei machen zu wollen; ein Fehler, der sich noch durch den Umstand vergrößert, daß nach obigem Ausspruch die Bildung jeder neuen Partei durch die dadurch entstehende Zersplitterung seiner Gegner dem Socialismus Wasser auf die Mühle leitet. Eine wirksamere Bekämpfung des Feindes der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung kann eher durch die Verminderung der ihm gegenüberstehenden Parteien ermöglicht werden. Und ist etwa die Gruppierung und Schattierung der Fractionen im Deutschen Reiche nicht schon groß genug? Ist nicht jede, noch so feine Nuance, jeder Schatten einer und derselben Farbe, je nachdem er mehr ins Helle oder mehr ins Dunkle fällt, dazu benutzt worden, um sofort eine neue Partei zu bilden? So jung unser Parlamentarismus noch ist, so ausgebildet — oder besser gesagt, so wenig consolidirt — findet sich in ihm das Parteiwesen, und wahrlich nicht zur Förderung des allgemeinen Wohles. Wo liegt da der Vortheil in der Bildung noch einer neuen Partei?

Dem gegenüber heißt es nun, daß es durchaus nicht die Absicht sei, Zwietracht zu säen und den reichthum Elementen feindlich entgegenzutreten, ja sogar an einer Stelle des mehrerwähnten Aufrufes heißt es wörtlich: Ramentlich aber richten wir unser Augenmerk auf die bereits bestehenden, unseren Bestrebungen verwandten Vereinigungen, wie die Vereine zur Verbreitung von Volksbildung, die Arbeiter-Vorbildungsvereine, die Gewerbevereine x, welche wir auffordern, unbeschadet ihrer speciellen Vereinrichtungen, sich der neuen Partei anzuschließen. Das klingt ganz schön und läßt sich auch den erwähnten Vereinen gegenüber sehr gut sagen, nicht aber den politischen Parteien gegenüber, denen der neue Emporkömmling, Freund oder Feind — will er überhaupt leben — Abbruch thun muß, es sei denn, er verzichte gänzlich auf die Stellung einer politischen Partei und gerire sich nur als „Verein zur Bekämpfung der Socialdemokratie“, als welcher er freilich Mitglieder jeder anderen als der socialistischen Richtung unbeschadet ihrer sonstigen politischen Meinung in sich aufnehmen kann. Manchmal scheint es auch, als wäre dies der eigentliche Zweck des „*Aufrufes*“, obgleich es nicht recht ersichtlich, weshalb dann der Name einer „Partei“ angenommen wird. Dann aber heißt es wieder in der unmittelbaren Fortsetzung obiger Stelle: Bilden alle diese Vereine — und sie können sämmtlich das entworfenen Partei-Programm zuhigen Herzen annehmen — ein großes Ganze, wirken sie politisch vereint, dann ist dadurch eine Macht geschaffen, welche der der socialdemokratischen ebenbürtig zur Seite steht, ja diese sogar noch überragt. Solche Aussprüche, sowie Andeutungen über Aufstellung von Reichstags-Candidaten, wie sie sich in den Statuten finden, weisen doch entschieden auf eine ausgesprochen politische Partei hin, während man nach Obigem geneigt sein möchte, anzunehmen, es handle sich nur um die Gründung eines Vereins. So un-

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Klempner Herr Carl Ullig, Ransbäder Steinweg 20, III zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorschriften nachgewiesen hat.
Leipzig, am 20. April 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgr. Darmig.

Waldgras-Verpachtung.

Die diesjährige *Gradenzung* im Connewitzer R. vier soll **Montag den 14. Mai a. e.** in einzelnen Parzellen gegen *sofortige Erlegung des Pachtzinses nach dem Zuschlage* und unter den im Termine noch näher bekannt zu machenden Bedingungen an den Meistbietenden verpachtet werden.
Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr im Stempel am Streitteiche bei Connewitz und 11 Uhr an der weißen Brücke auf der Connewitzer Linie.
Leipzig, am 5. Mai 1877.
Des Rath's Forst-Deputation.

Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

Ausserordentliche Versammlung Montag den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im blauen Saale der Centralhalle.

Bekanntmachung.

Internationalismus x. — Wenn man dieser Sache aufmerksam durchlieft, muß man glauben, es sei auf die Bildung einer reichsfeindlichen Socialdemokratie abgesehen und da lämen wir im Hundstreiben auf die Cassalleaner, wie sie im Buche stehen. Es ist aber nicht wahr, daß alle oben bezeichneten Forderungen der Socialdemokratie, soweit sie nicht auf den rothen Internationalismus hinauslaufen, angenommen worden sind. Das wird klar, wenn wir das Programm der neuen Partei ins Auge fassen.
(Schluß folgt.)

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. Mai.
Der Oberpräsident der Reichsländer veröffentlicht folgenden kaiserlichen Erlass:
In den Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen, nachdem seit dem Ereignisse, welche den Wiederanschluß von Elsaß-Lothringen an das deutsche Reich zur Folge gehabt haben, eine Reihe von Jahren verfloßen ist, habe ich dem längst gefühlten Drange, diese Länder in ihren neuen Verhältnissen mit eigenen Augen kennen zu lernen, nachzugeben mich entschlossen. Um einer ernstlichen fürsichtigen Pflicht zu genügen, bin ich in die Reichsländer gekommen. Ihre Erfüllung aber hat sich für mich je länger desto mehr zu einer Quelle angenehmer Eindrücke gestaltet, welche durch freundliche Erinnerungen woblthunend in mir fortwirkend werden. Ich verdanke dieses vorzugsweise dem rücksichtslosen Entgegenkommen eines großen Theiles der Bevölkerung Altkatholen auf meinem Wege durch die Reichsländer bin ich huldigen Aufmerksamkeit mannichfacher Art begegnet, welche ich ebenso gern als ebensoviele Beweise dafür betrachte, daß das Vertrauen, mit dem ich diese Länder betrete, auf gutem Grunde geruht hat. Jetzt nehme ich von denselben mit dem Bewußtsein Abschied, daß mein Aufenthalt dazu beitragen wird, die Beziehungen zwischen ihnen und dem Reiche zu befestigen und erstrebt zu gestalten. Indem ich tief den Unfall bedauere, von welchem während meiner Anwesenheit in der Hauptstadt Elsaß-Lothringens die dortige altherwürdige Kirche christlicher Brüderlichkeit betroffen worden ist, verlaße ich die Reichsländer mit den herzlichsten Wünschen für die friedlich fortschreitende Entwicklung ihrer geistigen und materiellen Wohlfahrt und ertheile Ihnen zu dem Zwecke, der Bevölkerung meinen Dank für die mir zu Theil gewordene Aufnahme huldigend, hierdurch den Auftrag, den gegenwärtigen Erlass alsbald zur öffentlichen Kenntniss zu bringen. Weiz, 9. Mai 1877. ges. Wilhelm.

Von nicht geringem Interesse waren in den letzten Tagen die Berichte und Bemerkungen der literarischen Presse über die Kaiserreise in Elsaß-Lothringen. Wie gern die treuesten Patrioten des Vaterlandes einen gründlichen Erfolg jener Reise gesehen hätten, unterliegt ja keinem Zweifel; der Gang der Dinge und die verschiedensten Rücksichten haben sie aber genöthigt, sich großer Behutsamkeit zu befehligen. Im Allgemeinen haben sie sich dieser Aufgabe mit ziemlichem Geschick entledigt; nur daß sie bei dem Brande der Rathedrale zu Weiz den „*Pringer Gottes*“ nicht in Scene setzen wollten, war für sie doch eine gar zu harte Prüfung. Die „*Sermania*“ macht ihrem Herzen mit folgender Drieistakennotiz Laßt: „Herrn F.: der Kaiserzog zu Frankfurt a. M. wurde am 15. August 1867 durch eine Feuerbrunst verheert, und an demselben Morgen traf König Wilhelm in Frankfurt ein.“ Auch die „*Rheinische Volkszeitung*“ kann nicht umhin, die eigentümliche Parallele zwischen dem Weizer und dem Frankfurter Ereignis zu ziehen, jedoch nicht ohne den Wunsch, daß der Himmel den greisen Monarchen vor Wiederholung solcher Ereignisse bewahren möge. Rückhaltlos dagegen drückt sich Herr Siegel im „*Vaterlands*“ aus: „In Weiz“, schreibt er, „ist zur Ankunft des Königs von Preußen der Dom, d. h. dessen Dach,